

Offener Brief an Thomas Piketty

Sehr geehrter Herr Kollege Piketty!

In den Medien werden Sie als „neuer Karl Marx“ bezeichnet, zumal Ihr Bestseller „Capital in the Twenty-First Century“ in fesselnder Diktion, interessanten historischen Reflexionen und einer viele Menschen ansprechenden Botschaft verfasst ist. Sie betonen das Risiko einer Explosion der Vermögensungleichheit weil die Kapitalakkumulation schneller ist, als es die Zuwächse der Arbeitseinkommen sind. Die zentrale These Ihres Buches lautet also, dass die Kapitalrendite stets höher ist als das Wachstum der Wirtschaft und der Arbeitseinkommen. Dadurch würden reiche Kapitalbesitzer immer reicher und die Vermögen immer stärker in wenigen Händen konzentriert – letztlich sei dadurch die Demokratie gefährdet. Als Gegenmittel fordern Sie Steuersätze bis zu 75 Prozent für Spitzenverdiener und eine globale, progressive Vermögenssteuer von bis zu 10 Prozent jährlich für Milliardäre. Alle diejenigen, die die sakrosante Losung der „sozialen Gerechtigkeit“ anbieten, sind emotional sofort auf Ihrer Seite.

Fast alle Wirtschaftswissenschaftler verwerfen jedoch Ihre Theorie, die Datengrundlage und die verfehlte sozialistische Politikempfehlung. Dies gilt sogar für 100-prozentige Keynesianer, wie z. B. Peter Bofinger. Er weist darauf hin, dass Ihre Grundthese nicht durch die empirischen Daten gestützt wird und Sie ihre Leser im Unklaren lassen, welche Beziehungen zwischen der Kapitalrendite und der Sparquote sowie dem Verhältnis der Sparquote zur Wachstumsrate des Volkseinkommens bestehen.

Viel besser wäre es gewesen, wenn Sie, sehr geehrter Herr Kollege, das Verhältnis zwischen dem Produktivitätsfortschritt und der Entwicklung der Realeinkommen analysiert hätten. Das Ergebnis ist nämlich, dass sich seit Einführung des Euros die erzielten Produktivitätsfortschritte der Industrie nicht mehr in entsprechend steigenden Realeinkommen widerspiegeln. Diese „Sozialdividende“ für die Arbeitnehmer verdampt in der Sozialstaatsbürokratie und den „Euro-Rettungsmaßnahmen“. Schon mal drüber nachgedacht?

Ich selber möchte mich an dieser Stelle ganz bewusst nicht weiter an der ökonomischen Fachdiskussion beteiligen, sondern Sie stattdessen, sehr geehrter Herr Kollege, dazu animieren, eine Fahrt nach Venedig zu unternehmen.

Wie sagte schon Immanuel Kant (1724-1804): „Das Reisen bildet sehr; es entwöhnt von allen Vorurteilen...“ Nutzen Sie die Verkaufserlöse Ihres erfolgreichen Buches, indem Sie gleich Ihre ganze Familie mitnehmen und ein exquisites Hotel am Canal Grande in der Nähe vom Markus-Platz buchen. Ihre Liebsten werden sich freuen. Besuchen Sie mit den Ihrigen die vielen Paläste und betrachten Sie den morbiden Charme Venedigs. Nur bitte fahren Sie nicht im Sommer dorthin, wenn es viel zu heiß ist und die Serenissima von den schwitzenden Touristenhorden regelrecht niedergetrampelt wird.

Warum gerade Venedig? Weil die Wiege des modernen Kapitalismus in den norditalienischen Städten stand. Und das war mehr als ein Wirtschaftssystem; es war die Idee der Freiheit, die Geburt des Individuums, die Überzeugung, dass Wahrheit nicht in Dogmen bestehen könne, sondern durch Beobachtung gefunden werden muss. Dieser frühe Kapitalismus Norditaliens ging wieder unter, aber seine Ideen prägen die Welt bis heute. Im 18. Jahrhundert wurde der Faden in Großbritannien („Whig-Partei“) wieder aufgenommen.

Die einstige Pracht der norditalienischen Städte -ganz besonders Venedig- ist heute ziemlich heruntergekommen. Die Reichen, die einst einen Palast mit allem Dienstpersonal unterhalten konnten, gibt es nicht mehr. Dem heutigen Besucher drängt sich der Eindruck auf, dass die Städte im Laufe der Jahrhunderte verarmt seien. Doch das ist falsch: Das reale Durchschnittseinkommen der Einwohner Venedigs liegt heute bei einem Mehrfachen dessen, was es in den Glanzzeiten betragen haben kann. Entgegen dem äußeren Anschein ist Venedig heute viel reicher als im 15. Jahrhundert. Das Bild der Verarmung kommt nur deshalb zustande, weil die Einkommen heute viel gleichmäßiger verteilt sind als damals. Wer heute einen durchschnittlichen venezianischen Palazzo bauen wollte, mit all seinen Gemälden und Skulpturen, wer Kompanien von Bediensteten bezahlen wollte, der müsste jährlich rd. 2 Millionen Euro für seinen persönlichen Lebensunterhalt ausgeben. Von diesen Reichen gab in Venedig seinerzeit etwa vierhundert. Sie konnten sich den Aufwand deshalb leisten, weil die Arbeitskraft der Maler, Maurer, Bildhauer, der Haushofmeister und Küchenmädchen extrem billig war. Wenn die Einkommensverteilung gleichmäßiger wird, dann gibt es immer weniger Reiche, die die Arbeitskraft anderer Leute für ihren persönlichen Lebensunterhalt bezahlen können, und zwar auch dann, wenn das Gesamteinkommen steigt. Der heutige Tourist hat in Venedig die gleichmacherische Kraft des Kapitalismus gleich doppelt vor Augen: Die Besucher, die die verfallenden Paläste bewundern, tragen meist ausgewaschene Jeans. Der Unterschied zwischen armen und reichen Touristen besteht heute darin, dass die Armen ihre Jeans selbst auswaschen müssen, während die Reichen sie schon ausgewaschen kaufen.

Die Paläste verfallen, weil die Hütten verschwunden sind. Und die ehemaligen Herrschaftssitze stehen heute dem Publikum gegen Eintrittsgebühr offen. Die Scharen von Dienstboten, die unter dem Befehl eines Butlers für das Wohl der Herrschaft sorgten, gibt es nicht mehr.

Es gibt keinen besseren Maßstab für die Gleichheit oder Ungleichheit in einer Gesellschaft als die Anzahl der Menschen, die zur persönlichen Dienstleistung für andere arbeiten, also die Lakaien, Diener, Butler, Köchinnen, Zofen. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren in Deutschland über zehn Prozent aller Arbeitnehmer

Dienstpersonal. Ein Regierungsrat hatte zu dieser Zeit drei bis vier Hausangestellte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hat er nur ein Dienstmädchen. Heute versorgt selbst die Frau Minister ihren Haushalt selber.

Man mag in Venedig beim Anblick der so unsäglich hässlich gekleideten Touristen den allgemeinen kulturellen Niedergang bedauern, aber ein Punkt ist unübersehbar: In lateinamerikanischen Städten hat man oft einen malerischen Blick auf die Favelas, die Elendsquartiere der Armen. Die Armen strömen dennoch in die diese Städte, weil dort ihre Lebensbedingungen immer noch besser sind als dort, von woher sie kommen. Auch die Armen, die seinerzeit nach Florenz, Padua oder Venedig flohen, hatten es dort besser als unter den Feudal-Grundherren, denen sie entflohen.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Kollege Piketty, es bedarf gar keiner spitzfindigen Gleichungen und Formeln, um wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Phänomene zu begreifen. In der Regel reicht gesunder Menschenverstand und die vorurteilsfreie Betrachtung der Realität völlig aus, um ökonomische Gesetzmäßigkeiten und soziale Folgen zu verstehen. Die anzahlmäßig kleine „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ praktiziert dies seit jeher. Vermutlich liegt sie deshalb mit ihren Analysen und Voraussagen in der Regel richtig – ganz im Gegensatz zur keynesianisch vergifteten „Mainstream-Ökonomie“, deren behauptete Wirkungszusammenhänge aggregierter Gesamtgrößen oft genug nur hochgestochener Unsinn sind.

Der Kapitalismus erlaubt auf Dauer Massenwohlstand, der Sozialismus bloß Mangel.

Selbst der angeblich so rücksichtslose und brutale *Manchester-Liberalismus* hat dort, wo er praktiziert wird – in Taiwan, Hongkong, Singapur-, zu einer deutlichen Verminderung der Ungleichheit geführt. Umgekehrt gibt es dort, wo die kapitalistischen Marktkräfte in vielfacher Weise und oft mit sozialen Absichten behindert werden, kaum Fortschritte – so in Lateinamerika und Schwarzafrika. Das, was in Europa Geschichte ist, lässt sich in den Entwicklungsländern noch heute beobachten: Von den Luxusvillen blickt man unmittelbar auf Elendsquartiere.

Die Wahrheit ist ganz banal: Ohne Kapitalismus und Marktwirtschaft ist kein Massenwohlstand möglich, der wiederum die Voraussetzung für die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Bürgers ist. Je mehr sich allerdings die Lebensumstände der Menschen im Kapitalismus durch allgemeines Wirtschaftswachstum angleichen, desto empfindsamer reagieren sie auf die verbleibenden Unterschiede. Man nennt diesen Effekt das „Wohlstandsparadoxon“ (Wolf Schneider). Der Sozialneid ist eine menschliche Ur-Macht, er war es zu allen Zeiten in allen Kulturen. Dies ist der Kern aller sozialpolitischen Kontroversen. Hier werden letztlich atavistische Gefühle des Menschen berührt. Und jede pseudowissenschaftliche Begründung für sozialpolitisches Gutmenschentum wird von der Politik und den machtlöyalen Medien begierig aufgenommen. Dies ist der Grund für den Erfolg solcher Veröffentlichungen wie der Ihrigen.

„Wenn der Teufel die Menschen verwirren will, bedient er sich der Idealisten“, heißt es bei Machiavelli.

Die Demokratie ist nicht gefährdet durch Kapitalakkumulation der Reichen, wie schon Karl Marx irrtümlicherweise annahm, sondern vielmehr durch die fortgesetzten Verstöße gegen alle elementaren Grundsätze marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik. Ständige staatliche Interventionen im Rahmen von Gleichmacherei und Umverteilung führen zwangsläufig zur schamlosen Staatsverschuldung; dies auf der Grundlage des fatalen staatlichen Geldmonopols. Das damit einhergehende Geldmengenwachstum führt letztlich nur zur Inflation. Durch diese verantwortungslose und zynische Politik werden die sozial Schwächeren gleich in mehrfacher Art und Weise besonders hart getroffen, während sich die Reichen besser gegen Inflation wehren können. Es ist also die verfehlte staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Schere zwischen Arm und Reich -nicht nur in diesem Fall- künstlich vergrößert.

Zum Schluss, lieber Herr Kollege Piketty, lassen Sie mich noch einige Sätze über den verbreiteten Antikapitalismus in unserer Gesellschaft sagen, den Sie ja auch auf Ihre Art bedienen: Der Mensch hat im Verlauf seiner sozio-kulturellen Evolution zum Kapitalismus gefunden, aber er kann bis heute nicht damit umgehen. Der Wohlstand der Nationen und der Siegeszug des Marktes haben eindeutig miteinander zu tun. Kapitalismus und Marktwirtschaft haben einen Wohlstand hervorgebracht, wie sich das vormoderne Utopisten nicht vorstellen konnten – auf der Grundlage einer Verfolgung der Eigeninteressen des Einzelnen unter einer klug geschnittenen Rahmenordnung (Ordnungspolitik) mit Leistungswettbewerb. Das Streben nach individueller Besserstellung wird damit zum Motor der Solidaritätsmoral des Abendlandes. Marktwirtschaft mit Wettbewerb löst die alte Mildtätigkeit ab, sie wird zur effizientesten Form der Caritas, die die Weltgeschichte bisher gesehen hat. Unternehmenserfolg steht also nicht gegen Ethik, sondern ist selbst Ethik. Es braucht also keine Wunder, es braucht keine Fürsten, keine Revolutionsführer und keine Partei. Es braucht nur Menschen, die vorankommen wollen und denen man die Möglichkeit gibt, die Früchte ihres Fleißes zu ernten. Das nun geht gegen jedes Geschäftsmodell von Mächtigen, und die Eliten haben das dem Kapitalismus nie verziehen, schreibt Wolf Lotter.

Und auch die simple Vorstellung, dass alles immer knapper werde, ist nur Propaganda. Die Moral rechnet falsch. Klassisch gebildete Ökonomen verfolgen Wachstumsziele, ökonomische Laien -also praktisch alle Politiker, Medien-Schaffende, Intellektuelle und sonstige Kulturschaffende- sind sich nicht einmal der Möglichkeit von Wachstum bewusst. Diese Leute halten den Gewinn des einen notwendigerweise für den Verlust des anderen, was wiederum ihr Gerechtigkeitsgefühl tangiert. Wachstum, das zwangsläufig permanent durch Denken, Wissen und Verbesserung von Methoden entsteht, durch die Optimierung des Kapital- und Arbeitseinsatzes wie durch

technischen Fortschritt, gibt es in ihrem beschränkten geistigen Horizont nicht, obwohl sie tagtäglich z.B. im Rahmen des medizinischen Fortschritts ganz selbstverständlich davon profitieren. In Wahrheit geht es den Kapitalismuskritikern um Interessen, Ideologien und vor allem Macht. Für diese Leute ist das wirtschaftlichen Analphabetentum in der Gesellschaft die wichtigste Grundlage ihrer Macht. Der ökonomische Analphabetismus ist nicht nur in Deutschland flächendeckend und auch sozial gerecht verteilt. Er kennt keine Klassenschranken: Die Bildungseliten wissen nicht mehr als andere, die kein Abitur haben. Der ökonomische Laie hat stets eine Meinung, selten eine Ahnung und ist enorm einflussreich, denn Politik, Werbung, Marketing, Konzerne – sie alle hören auf ihn. Hofiert werden in den Medien und von der Politik natürlich all jene, die die Grenzen des Wachstums und somit das Ende des Kapitalismus beschwören. Fakten stören dabei nur. Gut ist und recht hat, wer der „political correctness“ folgt.

Alle Kollektivistinnen hassen Adam Smith für die Beschreibung einer unleugbaren Tatsache: Nicht Moral lässt die Gesellschaft funktionieren und gedeihen, sondern Eigeninteresse. Das Ganze funktioniert, weil -und nicht obwohl- jeder seine eigenen Interessen verfolgt. Doch das stört eben die Kreise der Kollektivistinnen bzw. Intellektuellen, denn zu ihrer Machtausübung gehört es, die Freiheit immer nur in Aussicht zu stellen.

Für der französischen Soziologen Raymond Aron steht fest, dass die europäischen Intellektuellen ihren Antikapitalismus als Glaubensbekenntnis angenommen haben. Sie hätten keine Lust festzustellen, was man mit dem Kapitalismus anfangen könnte, denn das, so Aron, zwänge sie, die emotionale wie auch die philosophische Basis ihres Glaubens aufzugeben. Doch so weit lassen es die hauptamtlichen Demagogen nicht kommen, wusste Aron: „Nichts irritiert Intellektuelle mehr, als ihre Grundannahmen in Frage zu stellen; niemand sieht es gern, wenn er aufgefordert wird, mit seinem Denken noch mal ganz von vorne anzufangen. Ihre Grundannahme lautet: dass der Kapitalismus schlecht ist; nimmt man ihnen das weg, dann wissen sie nicht mehr weiter. Deshalb weigern sie sich vorsorglich, diese Frage überhaupt zu diskutieren.“

Um es ganz knapp zusammenzufassen: Wer den Kapitalismus durch Moral ersetzen will, der hasst entweder die Menschheit abgrundtief, oder er ist nur ein Unwissender mit besten Vorsätzen. Beides ist für die Menschen gleich gefährlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Christoph Braunschweig
Bernhard Pichler

Quellen:

Christoph Braunschweig: Das deutsche Narrenschiff, München 2015
Christoph Braunschweig: Die demokratische Krankheit, München 2012, S. 124-125
Christoph Braunschweig: Wohlfahrtsstaat – leb wohl!, Münster/Berlin, 2013
Wolfram Engels: Schlußfolgerungen, Düsseldorf 1987, S. 217 - 220
FAZ: Harsche Kritik an den Thesen des „neuen Marx“, 15.5.2014, S. 18
Lars Feld: Hauptsache, mehr Staat – das fatale französische Konzept, in: FAZ ebenda
Hayek Akademie, Salzburg: Studienmaterialien
Stefan Homburg: Ein spekulatives Buch für eine falsche Politik, in: FAZ ebenda
Wolf Lotter: Das Gute und die Bösen, in: brand eins, Heft 09 2011, S. 42 ff.
Hans-Werner Sinn: Die gleichen Fehler wie Karl Marx, in: FAZ, ebenda